

**Ersteinst täglich**  
nachmitt. mit Anzeigens  
von Sonn- und Feiertagen.

**Rommenspreis**  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 1.50 Mk.  
jährlich 5.00 Mk. Post-  
zusatz bei Post bezogen  
2.00 Mk.

**„Die Neue Welt“**  
(Mittelschlagzeile),  
nach der Post nicht bezug-  
bar, kostet monatlich 10 Pf.,  
vierteljährlich 30 Pf.,  
jährlich 1.00 Mk.

Telephon Nr. 1047.  
Telegramm-Nr. 111.  
Kassablatz, Halle a. S.

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

**Inserionsgebühr**  
beträgt für die Original-  
Presse oder deren Mann-  
skript 10 Pf. für 200malige  
Werbung u. Permalungs-  
Bewerbung 10 Pf.  
Im reaktionären Zeite  
kassiert die Seite 50 Pf.

**Inserate**  
für die tägliche Nummer  
müssen spätestens bis zur  
Abgabe des Blattes in der  
Expedition aufgegeben  
sein.

Eintragsgeld in die  
Polstertags-Tafel  
unter Nr. 7888.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Expedition: Geisstr. 21, Hof part. r.

**Tagesgeschichte.**

Halle a. S., 10. September 1900.

**Abgefallen!**

In den letzten Wochen konnte des öfteren von den Mißerfolgen berichtet werden, die der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bei seinem Bestreben, die Streiklausel bei den Verträgen mit den Behörden zur Durchföhrung zu bringen, gehabt hat. Der Vorwärts ist jetzt in der Lage, den mit dem Aufsicht „Streng vertraulich“ versehenen Bericht des Vorstandes dieser Scharfmacherorganisation für den im nächsten Monat in Süddeutschland stattfindenden Verbandstag zu publizieren, der die Antworten der einzelnen Behörden auf das Gesuch des Verbandes enthält. Aus diesem interessanten Schriftstück geht hervor, daß die Scharfmacher des Baugewerbes bei fast allen Behörden mit ihrem Antrage abgefallen sind, nicht eine einzige ist bedingungslos auf die Streiklausel eingegangen, ein großer Teil hat der Scharfmacherorganisation sogar deutlich zu verstehen gegeben, daß ihre Forderung eine anmaßende und unangelegte ist.

Insgesamt sind auf die Eingabe überhaupt nur 37 Antworten eingegangen, drei von kleinen Landesregierungen, eine vom bairischen Kriegsministerium, fünf von Regierungspräsidenten, zwei von bairischen Bezirksregierungen, eine von der Eisenbahndirektion in Magdeburg, 24 von Stadtmagistraten und eine von dem Arbeiterverband in Spanbau.

Das großherzoglich badische Ministerium des Innern hält ein Eingehen auf die Bitte nicht für erforderlich aus denselben Gründen, die im Mai d. J. dem Badischen Handwerkerverband für die Ablehnung eines ähnlichen Gesuches angeführt worden sind. In diesen Gründen wird ausgeführt, daß das Ministerium nicht in der Lage sei, eine allgemeine Anordnung zu erlassen, oder gar, wie der Scharfmacherverband es wünscht, Bestimmungen bezüglich Verlängerung der Versetzung und Aushebung vereinbarter Konventionalklauseln in die Versetzungsverträge aufzunehmen, weil die Möglichkeit eines Ausfalls infolge unbilliger Behandlung der Gehälter und Gehältern seitens der Arbeitgeber nicht ausgeschlossen ist, in diesem Falle aber eine Vermittlung der Streitverlängerung an letztere eine ungerechtfertigte Begünstigung oder Unterstützung derselben herbeiführen würde. Das herzoglich meiningische Staatsministerium hat dem Landesbauministerium und dem Domänenbaumeister anheimgelassen nach dem Antrage des Arbeiterverbandes zu verfahren, trägt jedoch Bedenken, eine Weisung zu geben, daß demselben durchgängig entprochen werden solle. Kurz und bündig erwidert die reußplausche Regierung, daß dem Antrage nicht entsprechen werden könne. Das bairische Kriegsministerium kann aus grundsätzlichen Erwägungen dem Antrage nicht entsprechen.

Die preussischen Regierungspräsidenten erwidern durchgängig, daß die Festsetzung derartiger Bestimmungen Sache des Ministers der öffentlichen Arbeiten sei und sie dem Gesuche deshalb nicht entsprechen können. Nur der Regierungs-

präsident von Magdeburg setzt sich für die Freude der bauerlichen Scharfmacher hinzu, auch er erkenne gern und voll die großen Schwierigkeiten an, welche dem Unternehmertum aus den fortgesetzt steigenden Ansprüchen der Arbeiter erwachsen.

Ablehnend antwortet auch die Eisenbahndirektion zu Magdeburg und die Magistrat von Aschen, Magdeburg, Merseburg, Hensburg, Freiburg im Breisgau, Hanau, Hannover, Niedersheim und Köln. In folgenden Städten erfolgte die Ablehnung mit dem Bescheid, daß man von Fall zu Fall die Sache prüfen werde und geneigt ist, bei Streiks die Vorkaufsfrist zu verlängern, aber durch keine kontraktliche Verpflichtung gebunden sein will. Magdeburg, Braunauweid, Borsheim, Mühlberg, Chemnitz, W.-Gladbach, Koblenz, Witten, Kiel, Mühlheim a. Rh. und Zwickau. Der Gothaer Magistrat will die Sache noch in Erwägung ziehen. Die Antwort aus Krefeld ist unklar, folgt aber am Schluß: Wir wünschen den Unternehmern Erfolg zu ihren Forderungen. Die Magistrat in Regensburg und Stuttgart stimmen den Ansprüchen zu, sollten aber berechnete Forderungen der Arbeiter unerfüllt bleiben, dann will man die Verpflichtung aufheben.

Die Brutt der im nächsten Monat sich in Süddeutschland versammelnden Scharfmacher aus dem Baugewerbe wird nicht sonderlich von Erfolg gekrönt sein; einen Erfolg kann auch das optimistischste Unternehmertum diese Antworten nicht nennen. Wer entmutigen lassen sich die Herren sicherlich nicht. Sie wissen: Sterb Tropfen höhlt den Stein, und was heute nicht ist, kann morgen werden! Sie wissen auch, daß die Behörden den ablehrenden Bescheid nicht etwa gegeben haben aus Liebe zu den Arbeitern, sondern weil sie fürchten, sich selbst mit der Zustimmung in die Finger zu schneiden, weil sie sich den Unternehmern nicht vollständig in die Hand geben zu können, bis sie zu ihrem Ziele gelangt sind oder zum mindesten eine genügende Abschlagszahlung erhalten haben.

Es wäre eine untergeordnete Thematik, wenn die Arbeiterschaft im Baugewerbe nunmehr die Hände in den Schoß legen wollte, weil die Scharfmacher so flüchtig Hasis gemacht haben. Erst recht muß mit Energie gearbeitet werden, um den Behörden klar zu machen, daß sie nicht dazu da sind, die Schulter der Scharfmacher abzugeben, vor allem aber muß darauf hingewirkt werden, daß der Einfluß der aufgeklärten Arbeiterschaft auf die Gestaltung der kommunalen Verhältnisse ein größerer wird. Denn die Kommunen sind das Hauptfeld, das der Unternehmertum die beste Ernte zu versprechen scheint.

**Zur Präsidentenwahl in Amerika.**

Die Chancen bei der Präsidentenwahl sind mit irgendwelcher Sicherheit noch gar nicht abzuschätzen, wenn auch Mac Kinley derzeit noch immer als der Begünstigtere gilt. Das Wahlsystem, welches schließlich die Entscheidung zu geben hat, fällt 447 Stimmen, denn der Senat hat 90, das Abgeordnetenhaus 357 Mitglieder. Am härtesten sind in diesem Kollegium vertreten New York mit 36, Pennsylvania mit 32, Illinois mit 24, Ohio mit 23 und Missouri mit 17 Stimmen. Um

gewählt zu werden, muß der künftige Präsident die absolute Mehrheit dieser 447 Stimmen auf sich vereinigen, die nicht individuell, sondern nach Staaten abgegeben werden. Der politische Neuenkämpfer hat demnach die Aufgabe, herauszufinden, von welchen Staaten sein Kandidat die nötigen 224 Stimmen erhält. Er tritt zu diesem Zwecke die Staaten ein in seltener und zweifelhafte. Sind sich nun aber die Politiker schon über die sicheren Staaten nicht einig, so noch viel weniger über die Unsicheren, in den zweifelhaften. Nach unter den geübtesten von ihnen ist keiner, der die richtigen Beschlüsse in jedem Staate übersehen kann. Er ist vielfach auf Stimmungsberichte aus zweiter Hand angewiesen und selbst in Staaten, die er zu kennen glaubt, können sich die Dinge über Nacht verändern. Die großen Tagesblätter schicken deshalb, wie die Berl. Volksztg. schreibt, wohl erfahrene Berichterstatter herum, und wenn man nun aus den mannigfachen, sich widersprechenden Urteilen dieser Leute das Mittel zieht, so ergibt sich ungefähr folgendes Bild. Für Bryan stimmt der „geschlossene Süden“ mit Arkansas, nur daß der Grenzstaat Maryland und Kentucky ein wenig zweifelhaft erscheinen; dagegen ist der Grenzstaat Missouri ihm feier. Die 14 Staaten geben ihm gegen 150 Wahlstimmen. Sicher sind ihm von Weststaaten Nebraska, Colorado, Montana, Idaho: zusammen 18 Stimmen. Auf der anderen Seite hat Mac Kinley sicher die Neuenkämpfer, ferner Pennsylvania und Iowa, das sind 84 Stimmen. Auch die drei pacifischen Staaten werden ihm von den meisten als gewiß zugeschrieben: 17 Stimmen. Von den zweifelhaften Staaten gelten für Mac Kinley ziemlich gleich Illinois, Nord-Dakota, Ohio, Michigan, das sind 49 Stimmen. Es mit hat er 150 Wahlmänner sicher gegen Bryans 168. Doch ist dies nur scheinbar ein Vorteil für den letzteren, denn in der großen Zahl der noch nicht genannten Staaten neigt sich die Absicht zur Zeit immer noch mehr auf Mac Kinleys Seite. In Kansas, Nevada, Utah, Westvirginien und insbesondere in Indiana, sowie in Delaware, sollte Bryan nicht allzu schweres Spiel haben; mit ihren 40 Stimmen bringt er es aber nur auf 208, dabei sind ihm durchaus nicht alle gewiß. Mc Kinley sollte Wyoming, Süd-Dakota und Wisconsin ohne besondere Mühe erlangen: 19 Stimmen. So bleiben noch drei Staaten übrig: New Jersey mit 10, New York mit 36 und Illinois mit 24 Stimmen. Geben wir die beiden letzten Mac Kinley, so bringt dieser es auf 215, geben wir New Jersey an Bryan, so hat dieser 218, aber selbst ohne dieses gewinnt Bryan, wenn er Illinois oder gar New York auf sich vereinigt; aber er müßte zu diesem Zwecke die riesigen republikanischen Mehrheiten des Jahres 1896 aus dem Felde schlagen, 143 000 für Illinois, oder 268 000 für New York.

**Deutsche Justiz.** Wie lesen in Berliner Blättern: Wegen einer großen Ausbreitung gegenüber einer Arbeiterin hatte sich am Sonnabend der Fabrikant Mr. Salomon, Schönhauser Allee 161, vor dem Berliner Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte bestritt sich mit der Anfertigung und dem Vertrieb von Damen-Blusen. Zu seinen Arbeiterinnen gehörte auch eine Frau K., die Ehefrau eines jungen Unterbeamten. Sie hatte von dem Angeklagten 2 Mark 40 Pf. zu fordern

**Die Erbschleicherinnen.**

Roman von Ernst von Wolzogen.

471

Ein allgemeines Stillschweigen folgte dieser langen Rede. Selbst der geistliche Herr, der doch der Verdienste gewohnt wäre, hielt es nicht für angezigt, darauf zu erwidern. Er legte eine kühl abweisende Miene auf und wechselte einen verächtlichen Blick mit der Frau des Kaplans. Die Majorin verstand die Aufforderung, die damit lag, und erhob sich.

„Ich denke, wir haben die Tafel auf“, sagte sie mit einem gezwungenen Lächeln. „Ich kann nicht finden, daß die Nöthigung, die das Gespräch genommen hat, zu der Stimmung paßt. Die eine ärztliche Familie am heutigen Abend herrschen sollte. Sie scheinen auch in Ihrem Gese am herrschen zu haben, daß sich zwei junge Mädchen und ein unschuldiger Knabe unter Ihren Händen befinden.“

Der unschuldige Knabe trat mit einem raschen Schritt an seiner Mutter Seite heran, ergriff sie fast rasch am Arm und stammelte, bleich vor Erregung, mit zuckenden Lippen: „O, Mamo, bitte — ich bin kein Kind — ich verstehe sehr gut, was dieser Herr meint. Ich will — ich werde...“ Das Ende des Satzes verlor sich in ein unbestimmtes Gemurre. Ein paar Sekunden noch ärgerte Mami und schien etwas sagen zu wollen. Die Finger seiner Mutter hallen und wickelten sich um einen der Arme — und plötzlich ließ er aus dem Zimmer und machte die Thür unfasten hinter sich zu.

In peinlicher Verlegenheit schauten die Zurückgebliebenen einander an. Sie fanden noch immer um den Tisch herum und warteten auf eine Auforderung der Hausfrau, in den Saal zurückzuführen.

„Viel noch die erste, Worte zu finden.“

„Ja, was ist denn?“ rief sie in naiver Verwirrung. „Ich glaub, der Mami spinnt a bißl! Der versteht doch zum mindesten amal gar nich von dem Sach. Und überhaupt, ich weiß gar net, was woollt. Des war doch ganz richtig, was der Herr g'sagt hat. Und dann wandte sie sich mit ihrem schönsten

Schuldentisch an Pastor Bernmeister und sagte: „A, haben Sie denn etwa Mami nicht gelesen? Dieses Meisterwerk von Senff? Vöben?“

Der Pastor mußte wider Willen lächeln, denn sie brachte das so großartig und drellig vorwurfslos heraus. Nur mit Mühe vermochte er den Ton vorwurfloser Würde zu bewahren, indem er ihr erklärte, daß dergleichen seine geistige Lektüre für ein junges Mädchen sei.

„Vissi begreht sofort auf!“ Aber nicht schön, er recht ist das a'und! O Männer freilich, die möchten, daß wir von gar nich wissen, damit S' uns nur recht beuam anligen können, daß wir alles glaub'n und uns all's g'schehen lassen soll'n. Die ganz dummen Gans, die möcht's am liebsten. Ihr werdt's schon sehen, Ihr werdt's so weit treiben, daß überhaupt's ja g'heichts Wädel mehr heitern mag.“

„Bravo, bravo, sehr gut!“ rief Gregor freudig aus, indem er Wiene machte, Vissi zu umarmen.

„Sie wird ihm aber aus und sagt, er wird mit dem Reizefinger auf die gefasste Abendzeit tippen und so. Und daß Sie's nur wissen, mein Lieber, wenn i' amal heit' und das Wunderbare kommt net, da lauf ich auch davon. Grad' wie die Frau Mami.“

„Sehr gut, sehr gut!“ lachte Gregor und küßte ihr stürmisch die Hand. „Dob' ich doch nicht ganz unwohl ge'verdit. Haben Sie gehört, gnädige Frau, was Bräutlein gesagt hat?“

„Ich habe es mit Schreden gehört!“ verriete die Majorin leise. Und dann schritt sie rasch nach der Thür und forderte ihre Gäste auf, in den Saal zurückzuführen. Die Kerzen wurden alle wieder angezündet. Behagliche Wärme und heller Glanz erfüllten den weiten Raum, dessen Kunstschönheit und Schmuck in dem weinachtlichen Festputz wirklich amutig phantastisch wirkten; aber die Stimmung war doch zu gründlich verdorben — die freudige, gedankenlose Gemütslichkeit war gelassen vor dem winterkalten Hauch gemüthlicher Weltweisheit, den der Fremdling mit hineingebracht hatte.

Gregor schaute wohl, daß er Spielverberber geworden sei. Es traute sich eigentlich niemand mehr mit ihm zu reden, und Vissi, die auch reinem Trost sich zu ihm hielt und ihm desto entchiedener auszeichnete, je seltener die die übrige Gesellschaft

ihre Ablehnung empfunden ließ, Vissi machte Mann und Akt mit ihm teilen.

Das sollte nicht sein. Er entschloß sich kurz, ging auf die Hausfrau zu, sobald er sie allein in einer Ecke des Zimmers beherrschte und sagte: „Ich liebe, gnädige Frau, ich habe das Unrecht, Ihnen zu misfallen. Bitte, erlauben mir, mich zurückzuziehen.“

„O, Sie wollen schon gehen?“ verriete die Majorin sehr kühl.

„Es ist wohl besser“, sagte er ernst. „Es war sehr freundlich von Ihnen, mich einzuladen und ich danke Ihnen sehr vielmals, gnädige Frau, aber ich kann nicht aus Schüchtheit meine Anwesenheit fällen. Bräutlein Vissi hat mich ja auch verstanden. Das ist die Hauptsache. — Ich habe die Ehre!“ Er verbeugte sich respektvoll vor ihr, etwas kühl vor dem Pastor, und machte rasch die Hand und schritt dann etwas ängstlich auf Vissi zu.

„Sieht man auf haltem Bege entgegen, hing sich an seinen Arm und sagte laut: „Ich begleite Dich hinaus.“

Die Thür hatte sich kaum hinter ihnen geschlossen, als die Majorin mit einer energisch fortwährenden Drehbewegung ausrief: „Dieser Mensch kommt mit nicht mehr ins Haus.“

**Seltener.**

— **Merkwürdig.** Bäckisch dem neuen Landrichter begnadigt, die eine rote und blau gezeichnete Karte! Mutter: Schön ist's freilich nicht — zu entschuldigen ist sie nur wegen der vielen Schicksalschläge, die den Landrichter getroffen.

— Bäckisch: „Und merkwürdig — alle auf die Ras!“ (Hilfende Bl.)

— **Sentations-Nachricht.** „Gerhart Hauptmann hat soeben den Plan zu einem neuen Werk im Renaissance-Stil entworfen.“

„Wird es ein Märchen?“

„Nein, eine Villa.“

# Der Kampf in China.

Die Lage.

Hinter den Kulissen werden eifrig die Verhandlungen gepflogen, um die „Einigkeit“ der Mächte nicht vollständig in die Brüche gehen zu lassen. Von militärischen Aktionen wird währenddem nichts gemeldet.

## Anträge

zum  
**sozialdemokratischen Parteitag**  
am  
**10. September und folgende Tage**  
zu Mainz in der „Stadthalle Mainz“.

### Organisation.\*)

**13.** Die Parteigenossen in Saarreber: Die Organisation der Partei soll nach dem System der zentralisierten Gewerkschaften eingerichtet werden. Der Hauptvorstand hat seinen Sitz in Berlin. In jeder Stadt oder in jedem Wahlkreis sind Zahlstellen zu errichten. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, wenn er als solcher betrachtet werden soll, sich der in seinem Wahlkreis befindlichen Zahlstelle anzuschließen.

### Paragraf 1.

**14.** Parteigenossen in Berlin I, II, III und Stettin. „Den § 1 des Organisationsstatuts unverändert zu lassen.“  
**15.** Parteigenossen in Erfurt.  
„Zur Partei gehört jeder, der Berlin betrachtet, die sich zu den Grundideen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.“  
nach „Geldmittel“ einzuschließen: „oder anderweitig in gleichwertiger Weise.“

**16.** Parteigenosse Sch. Schulz, Erfurt:  
„In § 1 des Entwurfs in der dritten Zeile nach „Geldmittel“ unterstrichen: „oder, wenn dies unmöglich, sie in einer gleichwertigen Weise fördert.“  
„Dem § 1 des Statuts folgende Fassung zu geben: Zur Partei gehört jeder, der Berlin betrachtet, die sich zu den Grundideen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel sowie durch Thätigkeit möglichst unterstützt.“

**18.** Parteigenossen in Berlin 4:  
„Am Entwurf hinter die Worte: die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt, zu setzen „oder durch anderweitige Thätigkeit fördert.“

### Paragraf 2.

**19.** Parteigenossen in Berlin I und III, Mühlhausen in Elsaß, Düsseldorf und des V. sächsischen Wahlkreises:  
„Den § 2 des bisherigen Organisationsstatuts unverändert beizubehalten.“

**20.** Parteigenossen in Eberfeld:  
„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Parteiorde resp. Wahlkreise, in letzter Instanz der Parteitag, bei dem von beiden Seiten Berufung gegen die erste Entscheidung eingelegt werden kann.“

**21.** Parteigenossen in Eberfeld:  
„Unter § 2 anstatt der vorgelegenen Abzüge 2 und 3 zu setzen: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden in allen Fällen die Parteigenossen der einzelnen Orte.“

Die Ausschließung kann ausgesprochen werden auf Antrag sowohl des Parteivorstandes als auch der Kontrollkommission. Den Ausschließenen wie auch den resp. Antragstellern steht die Berufung an den allgemeinen Parteitag zu.

**22.** Parteigenossen des Kreises Karlsruhe-Bruchsal:  
„Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen an den einzelnen Orten oder Reichstags-Wahlkreisen. Gegen die Entscheidung steht den Betreffenden zunächst die Berufung an den Parteivorstand zu. Erst wenn der Parteivorstand keine Entscheidung getroffen hat, die innerhalb vierzehn Tagen nach dem Beschluß der Genossen am Ort bzw. im Reichstags-Wahlkreis angreifen sein muß, kann der Ausschluß als nicht befehlend betrachtet und der Definitivität bekennt gegeben werden.“

Nach der Ausschließung die Entscheidung des Parteivorstandes nicht an, so wird nach Ablauf einer 14tägigen Frist der Ausschluß rechtsgültig.

Nach der Entscheidung des Parteivorstandes kann der Betroffene an die Kontrollkommission bzw. den Parteitag appellieren.

**23.** Parteigenossen in Wiesbaden:  
„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden in erster Instanz ein Schiedsgericht, das aus drei Mitgliedern besteht. Das eine dieser Mitglieder wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, das zweite von dem durch diesen Ausschluß Betroffenen, das dritte, welches den Vorsitz führt, von Parteivorstand.“

**24.** Parteigenossen in Dohm:  
„Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise. Gegen die Entscheidung steht die Berufung an den Parteitag zu.“

### Zu Paragraf 3.

**25.** Parteigenossen im Saarrevier:  
„Günstige Beteiligung des Vertrauensmänner-Systems und nur da Vertrauensmänner beizusetzen zu lassen, wo es die Landesgewerke oder die örtlichen Verhältnisse nicht anders gestatten.“

### Paragraf 9.

**26.** Parteigenossen in Aachen:  
„An Stelle des § 9 Ziffer 1 zu setzen: Jeder Wahlkreis wählt zum Parteitag einen Delegierten und hat die Parteikasse denselben zu honorieren.“

### Zu Paragraf 10.

**27.** Parteigenossen in Mühlhausen i. G.  
„Den § 10 unverändert zu belassen.“

### Zu Paragraf 13.

**28.** Parteigenossen in Düsseldorf:  
„Die Kontrollreue wird dem Vorstand bei Erzielung der Parteigeldsätze gleichgestellt, wie § 13 des alten Organisationsstatuts bestimmt.“

**29.** Parteigenossen des fünften sächsischen Wahlkreises:  
„Neben den fünf Mitgliedern des Parteivorstandes sind noch zwei Ersatzleute zu wählen.“

**30.** Parteigenossen in Berlin III:  
„Dem § 13 folgenden Absatz beizufügen: „Jedoch ist den Delegierten während der Tagung des Parteitages die Einsicht in die Bücher gestattet.“

### Paragraf 17a resp. § 18:

**31.** Parteigenossen in Berlin IV und des Kreises Niedersachsen:  
„Die Verhandlung des Vorworts unterliegt, ebenso wie das Zentralorgan, der Kontrolle der Presiskommission.“

**32.** Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow:  
„Der Leiter der Buchhandlung Vorwärts ist in Zukunft vom Parteitag anzuschließen.“

\*) Der von einer Kommission der Reichstagsfraktion ausgearbeitete Organisationsentwurf ist bereits in der Nummer 125 des Vorwärts veröffentlicht. In die dem Parteitag zugehende Vorlage wird er natürlich aufgenommen.

und nicht verlässliche verlässliche Güte, um ihren Lohn zu erhalten. Auch am 13. Juli wurde sie wieder von dem Angeklagten auf den folgenden Tag verurteilt, und als sie nun dringlich wurde, nahm der Angeklagte sie beim Arm, führte sie hinaus und schlug die Thür zu. Die Zengin K. bestritt die Behauptung des Angeklagten, daß sie mit den Fingern gegen die Thür getrommelt und geschimpft habe; Salomon ließ plötzlich wieder hinauskommen, habe sie gepackt und die Treppe hinabgeworfen. Bevor sie sich habe aufrufen können, sei Salomon die Treppe hinabgegangen, habe sie mit Füßen gegen den Unterleib getreten, mit den Fingern auf sie eingeschlagen und ihr die Haare zerzaust. Diese Mißhandlung wurde von anderen Hausgenossen, die auf das Hilferufen der Verletzten auf den Hüfen eilten, gesehen. Von einem Varnen und Schimpfen der Zengin K. habe niemand etwas bemerkt. Die Mißhandlung hatte nach dem ärztlichen Atteste schweren Schaden erlitten. Nur dem Umstande, daß der Angeklagte weder Stiefel noch Schuhe angehabt, sondern die Tritte mit nur mit Strümpfen beledeten Füßen ausgeführt hatte, veranlaßte den Gerichtshof, nicht eine Körperverletzung in einer das Leben gefährdenden Weise, sondern nur eine einfache schwere Körperverletzung anzunehmen, bei der Gemeinheit, eine ihrer schwer verdienten Lohn verlangende Arbeiterin in dieser Weise zu behandeln, sei aber von einer Geldstrafe abgesehen und auf eine Gefängnisstrafe von vier Wochen erkannt worden.

Diese milde Aufassung sieht in schreiendem Gegensatz zu der von den deutschen Gerichten sonst gegen Arbeiter geübten Praxis, die sich ein Vergehen gegen Arbeitswillige zu schulden kommen lassen.

**Die Einbringung des Reichstages** soll, wie es jetzt wieder heißt, am 16. Oktober bevorzugen. Also vier Monate zu spät!

**Die Bülowische Reichsrevision** arbeitet immer noch nicht tatlos. Das Bülowische Telegramm brachte am Sonnabend die Stettiner Rede des Kaisers nochmals und zwar „wörtlich“. Danach lautet die Schlusszeile:

„Ich habe keine Reue für die Zukunft. Denn mit uns ist Gott, der wird uns durch helfen!“

In dem ersten Wortlaut las man den Schluss so: „Ich bin überzeugt, daß mein Vangelingen wird.“

Die Korrektur ist sicher mit Rücksicht auf die Stimmung im Auslande vorgenommen worden.

**Neue Dinge** wird der heute in Magdeburg beginnende antijohannitische Parteitag zu Tage fördern, wenn Herr Liebermann v. Sonnenberg recht behält, der in seinem Blättern schreibt, daß die Auseinandersetzungen auf dem kommenden Parteitag der gemäßigten Presse im allgemeinen die Stoff zu schadenfrohen Kritiken geben würden, daß es aber verfehlt wäre, aus Scheu vor dem zu erwartenden Preß-Scandal oder aus Gefühlsübellei sich zu bemühen, die Gegenläge noch einmal zu verkleinern, die seit langer Zeit die Partei gelähmt hätten.“

Herr Liebermann v. Sonnenberg irrt sich, wenn er glaubt, daß die Definitivität sich allzu sehr äußern wird, wenn die teutschen Herren sich in recht teuchter Weise betheiligen werden. Man ist in Deutschland längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß der ganze Antijohannismus ein einziger Scandal ist.

**Auch ein Patriot.** Der ehemalige Befehliger der Glindeger Dampfzelle, Albert Meyer, wurde von der Provinzial-Justizdirektion in Danzig zu einer Geldstrafe von 190 295.78 Mark verurteilt, weil er jahrelang Zollmolesteien vorgenommen hatte.

**Reichsgraf Biedler** hat am Mittwoch in einer Boyer-Versammlung zu Berlin folgendes gesagt:

„Wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir jetzt mit Jüdischungen anfangen. Wenn wir erst einmal angefangen haben, dann wird uns die Sache schon von Spatz machen. Sie müssen den Juden in allen Theatern, in allen öffentlichen Gärten, überall, wo sich in ein widerwärtiger Jude zeigt, mit Knäueln in oder was sonst in der Nähe zum Vornein zu verhalten, auf die Judenbänke losbrechen. Davon, daß es ist eine ganz famose Sache. Es muß wieder mehr gedröckelt werden, dann wird es wieder besser werden in der Welt. Die Judenfrage ist nur durch rücksichtslose und foliose Verfolgung zu lösen. Davon, meine Herren, machen Sie jetzt eine schneidige Witze auf die Judenbänke. Wenn wir auf unsere Minister und Staatsmänner warten wollen, dann können wir lange warten. Wie Sie gehört haben, bin ich neuerdings wieder angefaßt worden. Da kommt doch Leben in die Jude! Einem jüdischen Affen, der zu mir sagte: „Geben Sie mir, daß Sie sich gegen den Paragrafen 13 vergangen haben, geben Sie’s zu?“ erwiderte ich: „Ich gebe gar nicht zu.“

**Preisfrage:** Wie viel Jahre Gefängnis erhielt wohl ein Sozialdemokrat, wenn er etwas Derartiges zu sagen magte?

**Wegen Kaiserbefehligung** verhaftet wurde in Dresden der Anwalt Dembski. Er ließ die Befehligungen fallen, als ihm die Aufnahme ins Krankenhaus verweigert wurde. Verhaftet, erklärte er, nur sei er zuzurufen, er habe sich lediglich ein Unterkommen verschaffen wollen.

**Keine politische Nachrichten.** Der Gustafsson Dr. phil. Beterien, der von 1874 bis 1881 den zweiten hannoverschen Wahlkreis (Aurich-Bittum) im Reichstag als national-liberaler Abgeordneter vertrat, ist im 73. Lebensjahre gestorben. — Oberbürgermeister Strickhagen in Berlin hat auf eine Einladung des Berliner Stadtrats zum internationalen Bürgermeier-Tage in Paris am 20. September mit einem verbindlichen Schreiben geantwortet, das, was die Einladung mit Bedauern ablehnt, jedoch einen „mitdankbaren Besuch im Berliner Stadtrats“ für Ende September in Aussicht stellt. — Sämtliche Weberingen der sächsischen Industriebezirke beschließen die Abwendung einer Massenpetition an den Reichstag und Bundesrat um Aufhebung der Beitragspflicht der Arbeiter und Arbeiterinnen zur Lebensversicherung und deren Uebertragung auf eine Reichs-einkommensteuer.

## Ausland.

**Cettech.** Die „rote Hand“ in Böhmen. Die katholische Kirche besitzt in Wöhne 192 025 Hektar Land, 1 Hektar, 15 Brunnen, 13 Brunnen, 45 Hühner, 63 Hirschkäse, 237 Meiereien, 147 Hirscher; dazu kommen noch die meist sehr bescheidenen Forsten. Das Prämonstratenserloos, dem auch das vielbeschiedene Marienbad gehört, soll bei der Englischen Bank nicht weniger als achtzig Millionen Gulden liegen haben. Das hält aber die geistlichen Herren durchaus nicht ab, bei den verschiedensten Anlässen Sammlungen zu veranstalten und von den ärmsten Leuten „milde Gaben“ anzunehmen.

**Oesterreich.** Die Auflösung des Abgeordnetenhauses ist durch ein kaiserliches Patent am Freitag in der Wiener Zeitung bekannt gegeben worden. Die allgemeinen Neuwahlen sind gleich einzuleiten und durchzuführen. Unsere Partei steht gerüstet da. Sie macht sich keine Illusionen, daß die Neuwahlen etwas Besseres könnten. Wir hoffen die Auflösung, so jagt die A. B. Z., als nichts anderes auf, denn als die Beweiskraft, daß dieser Parterrot nicht mehr zu verschleiern ist. Das sollen soll, das soll man hören, und die entwerrenden, Fortwährenden, das politische Leben bezüglich Privilegien müssen fallen. Es wird ein besseres Festen werden, denn so viele Parteien es in Oesterreich gibt, so viele Feinde leben hier der Sozialdemokratie, der Partei des Volkes. Aber wir werden uns reden und streifen, und das würde Gefreite des nationalen Wahnsinn’s wird hell und scharf durchbringen unser Schrei nach dem Recht.“

**Frankreich.** Die ärztliche Untersuchung Saisons, der das Attentat gegen den Schah verleiht, hat, wie Pariser Blätter vom Sonnabend melden, ergeben, daß Salomon geistig unzurechnungsfähig und für das gegen den Schah von Berlin verübte Attentat nicht verantwortlich zu machen ist. Salomon wird wahrscheinlich einer Irrenanstalt übergeben werden.

**Belgien.** Wie Könige reisen oder der König und seine Töchter. Aus Brüssel wird der Franz. Ztg. geschrieben: Man erinnert sich vielleicht der Erzählung von der nicht eben hässlichen Mörderin die König Leopold an einem großen Pariser Zeitungsgesellschaft genannt, der ihn durch seine oppositionelle Haltung gekränkt hatte. Er ließ damals der Gattin des Senators vertrauen, daß ihr Herr Gemahl mit einer anderen „Gattin“ die Treuehüter von Vorken, einen Vorort von Brüssel, betraut habe. Nun ist aber der König selber in eine eigentümliche Situation geraten. Die Agence Havas meldet nämlich am 3. September aus Bonta Delgada (Azoren): „König Leopold und seine Töchter sind gestern an Bord der „Alberta“ hier eingetroffen und haben sich nach Fuzna begeben.“ Tags darauf lautete das Telegramm der Agence: „Der König und die Prinzessinnen besuchten heute Sete-Citades.“ Wie nimmt das? Leopold II. hat drei Töchter: Prinzessin Clementine befindet sich gegenwärtig in Ostende, Gräfin Stephanie reist mit ihrem neuen Gatten in England, und die unglückliche Prinzessin Louise ist in einer Nervenanstalt eingesperrt. Der König ist also von keiner seiner Töchter begleitet. Wer möge also die „Prinzessinnen“ sein, mit denen er reist? Mytherium. Einige respektvolle Brüsseler Zeitungen wissen freilich eine Antwort zu liefern.

**Serbien.** Ein Communique im Amtsblatt teilt mit, die Reize des Königspaars in das Innere des Landes sei verchieden worden, weil die Königin Draga sich in geeigneten Umständen befinde. Alexander und Draga sind seit knapp 10 Wochen verheiratet, aber das erste Kind entwickelt sich ja bekanntlich in manchen Ehen schneller als die anderen.

**America.** Hunnen. Das New-York Journal meldet, daß der Kavallerist Jones vom 11. Kavallerie-Regiment in einem Brief an seine in Washington wohnende Familie die Beschreibung einer Eingeborenen-Hochzeit schildert, die am 25. Juni d. J. stattfand; Jones hat selbst an dieser Hochzeitsfeier teilgenommen. Eine Reiterabteilung von sechzig Mann hatte den Bräutigam, einen General der Philippiner, dessen Verheiratung man aufzugeben zu haben glaubte, vor oder während zu fangen und setzte sich in der Nähe des vermeintlichen Bräutigams in den Hinterhalt. Bald darauf kam ein Hochzeitszug aus dem betreffenden Hause, und die amerikanischen Soldaten erhielten den Befehl, auf die Gruppe zu schießen. Das Schaulpiel, das nun folgte, war entsetzlich,“ schreibt Jones. „Vor dem Hause lag die Leiche die junge Braut, der eine Kugel den Schädel zertrümmert hatte. Nicht weit von ihr lag der Bräutigam mit durchlöcherter Brust im Todeskampf. Zwölf andere Personen waren getötet worden, und ebenso viele waren schwer verwundet, darunter eine Greisin und ein Kind.“ Die amerikanische Gendarmerie ließ die Nachricht von dieser heillosen That der Amerikaner nur in Form eines Berichtes über eine „glückliche Schlacht“ passieren, in welcher 25 „Rebellen“ gefallen sind.

Und da wunderte man sich noch, daß die Philippiner sich gegen die amerikanischen „Freiheit“ und „Zivilisation“ wehren bis aufs äußerste!

## Soziales.

**Kapitalistische Internationalität.** Die große neue Schiffbauwerft an der Schelde soll, wie aus Brüssel geschrieben wird, das bedeutendste Unternehmen dieser Art auf dem Festlande werden. 27 Hektar Terrain sind erworben, während der Vulkan in Stettin nur 20 Hektar umfaßt. Es beträgt die Schelde in einer Länge von 600 Metern. Der bezahlte Preis betrug 3 1/2 Millionen Franken und zur Errichtung der Bauten und Anlagen ist ein Kapital von 6 Millionen in Anschlag gebracht. Etwa 1600 Arbeiter werden angestellt. Die Gesellschaft wird konstituiert mit dem Staatsminister, früheren Kammerpräsidenten Verneert als Vorsitzenden. Der König von Belgien bezieht sich mit 1 Million, sein Stellvertreter ist Baron Gohlfert. Aus Brüssel ist besonders das deutsche Bankhaus Balfert beteiligt, aus Bremen der Direktor des Norddeutschen Lloyd Bank und aus Hamburg die Firma H. Kreis. Am Aufsichtsrat sollen Albert v. Barn, Generalvertreter des Norddeutschen Lloyd, und Oberst Thys, der Vertrauensmann König Leopolds, eine hervorragende Stelle einnehmen.

Könige, Fürsten und Weeder, deutsche wie belgische im trauten Verein. Der Internationalismus ist nur bei den Arbeitern aufzublühen.

**England.** In Manchester beschloß am Freitag eine Versammlung der Konventen von Baumwolle nahezu einstimmig, während des Monats September keine amerikanische Loco-Baumwolle zu kaufen. Dieser Beschluß dürfte die Schließung zahlreicher Spinnereien auf mehrere Wochen herbeiführen. Vier fünfstel aller Interessenten waren in der Versammlung vertreten.

## England und Transvaal.

### Vom Kriegsgeldhauplage.

Einer Depesche des Feldmarschalls Roberts zufolge haben die Generale Dundonald und Brockschur Vydenburg am Donnerstag besetzt. Die Buren gingen teils nordwärts, teils östwärts, ihre Kanonen und Vorräte wurden nach Krügerspelt gelandt.



